



**Kreistagsvorsitzender:**

Kunkel, Joachim CDU

**Fraktionsvorsitzende:**

Fiedler, Josef SPD ab ztw. TOP 1 in Vertretung für Herrn  
Helbig, Michael

Dr. Schwarz, Bruno DIE LINKE/FREIE WÄHLER (Partei)

**Verwaltung:**

Dr. Bolte, Claudia Abt. Grundsatz und Kreisentwicklung

**Schriftführerin:**

Degenhardt, Nadja Fachbereich Kreisgremien

Der Ausschussvorsitzende, Herr Rutkowski, eröffnete um 17:02 Uhr die 19-007. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik, Infrastruktur und Nachhaltigkeit, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlten die Kreistagsabgeordneten Herr Burelbach und Herr Golzer.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1:** Fraktionsanträge zum Thema "Förderung von Photovoltaik-Steckermodulen"  
- vom Kreistag in seiner Sitzung am 23.05.2022 zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen

**Punkt 1.1:** Antrag der SPD-Fraktion vom 11.03.2022 zum Thema "Solarkreis Bergstraße: Förderung von 1.000 'Balkonkraftwerken' bis 2025"  
Vorlage: 19-0386

**Punkt 1.2:** Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER vom 01.04.2022 betreffend "Kreisförderprogramm für PV-Steckermodule"  
Vorlage: 19-0414

In der Sitzung wurden Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE/ FREIE WÄHLER (Partei) betreffend Balkonmodule verteilt.

Herr Landrat Engelhardt verwies auf den bereits am 05.09.2022 gefassten Beschluss des Kreisausschusses über ein Förderprogramm für Balkon-Photovoltaikanlagen (die Förderrichtlinie wurde im Vorfeld an die Mitglieder des Ausschusses versandt).

Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Schwarz begründete die vorgelegten Anträge seiner Fraktion mit dem Wortlaut:

1. „Änderungsantrag:

- Der Kreisausschuss wird beauftragt, noch im laufenden Haushaltsjahr die Förderung der Neuanschaffung von Stecker-Solarmodulen (Balkonkraftwerken) durchzuführen. Die bisher vorgeschlagene Richtlinie zur Förderung für Balkon- Photovoltaikanlagen wird entsprechend ergänzt und abgeändert.
- Es sollen bis zu 500 Anlagen mit bis zu 600 Watt Einspeiseleistung mit bis zu 20 Prozent der Anschaffungskosten und mit maximal 100 Euro gefördert werden.
- Die Förderung wird auf Mietwohnungen bzw. Mieter beschränkt welche eine schriftliche zeitlich unbegrenzte Zusage von dem Vermieter vorlegen.

2. Änderungsantrag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt mit dem örtlichen Netzbetreuer abzuklären, ob dieser sich bereit erklärt, 50 einer 100€-Förderung pro Anlage für die Neuanschaffung von 500 Stecker-Solarmodulen (Balkonkraftwerken) zu übernehmen. Das Ergebnis wird dem Kreistag mitgeteilt.

3. konkurrierender Hauptantrag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt eine neue PV-Anlage mit einer Investitionssumme von 50.000€ auf einem kreiseigenen Gebäude zu installieren. Die Richtlinie zur Förderung für Balkon-Photovoltaikanlagen wird umgehend zurückgezogen!

4. konkurrierender Hauptantrag:

Der Kreisausschuss installiert das Leistungsbild eine Klimaschutzbeauftragten um die Beratungsleistungen für Bürger über die Möglichkeiten von Mieterstromprojekten.“

Herr Landrat Engelhardt nahm zu den Anträgen entsprechend Stellung.

Fragen zu Lieferengpässen im Zusammenhang mit den Antragsfristen, zum Förderprogramm und zur Servicegesellschaft Kreis Bergstraße gGmbH wurden von Herrn Landrat Engelhardt und Herrn Kreisbeigeordneten Schimpf beantwortet.

Seitens eines Mitglieds des Ausschusses wurde angeregt, nach Ablauf des Förderprogramms im Ausschuss für Regionalpolitik, Infrastruktur und Nachhaltigkeit über eine mögliche Verlängerung zu beraten. Herr Landrat Engelhardt und Herr Kreisbeigeordneter Schimpf erklärten, dies hänge von der zukünftigen finanziellen Lage des Kreises ab.

Seitens eines Mitglieds des Ausschusses wurde vorgeschlagen, dem Kreistag zu empfehlen, den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema ‚Solarkreis Bergstraße: Förderung von 1.000 ‚Balkonkraftwerken‘ bis 2025‘ sowie den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend ‚Kreisförderprogramm für PV-Steckermodule‘ für erledigt zu erklären.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Öhlenschläger (FREIE WÄHLER), Frau Sterzelmaier (GRÜNE), Herr Dr. Schwarz (DIE LINKE/ FREIE WÄHLER (Partei)), Herr Ofenloch (SPD), Herr Ringhof (CDU), Herr Fiedler (SPD), Herr Stephan (CDU) und Herr Ohl (FDP).

Im Zuge der Aussprache wurde seitens eines Mitglieds des Ausschusses Schluss der Debatte beantragt. Dem Antrag auf Schluss der Debatte wurde mehrheitlich bei einer Nein-Stimme zugestimmt.

